

**JuRe-Fachpublikation 1-2022**

# **Das Verhältnis von Politischer Bildung und Präventionsarbeit – Schnittstellen und Spannungen**

Foto: © Remains /iStock

**Ein Beitrag von  
Raphaela Schlicht-Schmälzle**

# Vorwort

Foto: © Richard Ley / Pixabay

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veranstaltete im Mai 2021\* eine Fachdebatte zum Verhältnis von Politischer Bildung und Primärprävention. Diskutiert wurden:

- das Verständnis und Verhältnis von schulischer und außerschulischer Politischer Bildung,
- der Präventionsbegriff und die Funktion von Primärprävention – auch im Verhältnis zur politischen Bildung,
- Wirkungsziele und Wirkungsweisen von Politischer Bildung und Präventionsarbeit sowie
- die Evaluierbarkeit beider Felder.

Diese Debatte betrifft auch die Politische Jugendbildung bei Arbeit und Leben, von der das Projekt JuRe ein Teil ist. Daher haben die KJP Jugendbildungsreferent\*innen und die JuRe-Koordinator\*innen einen gemeinsamen Fachaustausch Ende September 2021 zu diesem Thema veranstaltet und Dr.in Raphaela Schlicht-Schmälzle vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) als Referentin eingeladen.

Frau Schlicht-Schmälzle hatte gemeinsam mit anderen bereits Anfang 2021 einen Fachartikel zu diesem Thema publiziert. Der hier veröffentlichte Beitrag wurde von Frau Schlicht-Schmälzle im Nachgang zur Veranstaltung verfasst. Wir veröffentlichen ihn an dieser Stelle als einen Debattenbeitrag zum Fachdiskurs.

\* <https://www.bpb.de/themen/infodienst/325195/politische-bildung-und-primarpraevention/>

# Das Verhältnis von Politischer Bildung und Präventionsarbeit – Schnittstellen und Spannungen

---

*Dr. Raphaela Schlicht-Schmälzle*

*Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*

---

**Politische Bildung wird in Deutschland als ein wichtiges Instrument der Präventionsarbeit gegen Extremismus und Radikalisierung gesehen. In der Fachpraxis wird jedoch der Präventionsfokus in der politischen Bildung auch kritisch betrachtet. Dieser Beitrag diskutiert die Schnittstellen und Spannungsfelder.**

## Was ist Radikalisierungs- oder Extremismusprävention und warum brauchen wir sie?

Im September 2021 entwickelte sich im Rahmen eines Fachaustauschs des JuRe-Projekts zum Thema „Politische Bildung und Radikalisierungsprävention“ eine angeregte Diskussion über den Begriff der Radikalisierung und über die Gefahren eines unscharfen und inflationären Gebrauchs des Begriffs.<sup>1</sup> Der Begriff der Radikalisierung begegnet uns seit einigen Jahren täglich medial und im politischen Diskurs, eng verwoben mit Konzepten wie Extremismus, Terrorismus aber auch mit konkreten Phänomenen wie Rechtsextremismus, religiöser Extremismus, Linksextremismus und in letzter Zeit auch vermehrt mit dem Phänomen der sog. „Querdenken-Bewegung“. Häufig existiert im alltäglichen Gebrauch der Begriffe Radikalisierung und Extremismus keine scharfe Abgrenzung (Abay Gaspar 2020). Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es jedoch gute Gründe für eine kritische Analyse der beiden Konzepte (Abay Gaspar 2020).

Laut dem Verfassungsschutz Berlin (LfV Berlin) ist Radikalismus „eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ‚von der Wurzel (lat. radix) her‘ anpacken will“. Daher, so schlussfolgert die Behörde, haben „[r]adikale politische Einstellungen [...] in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz“ und seien per se keine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (LfV Berlin o.J.).

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle danke ich Hande Abay Gaspar, Julian Junk, Susanne Johansson, Levi Pfeuffer-Rooschütz und Lea Scheu (alle HSKF) für hilfreiche Kommentare und ihre Unterstützung.

Extremistische Einstellungen hingegen zielen auf die Beseitigung von Grundwerten der freiheitlichen Demokratie ab und bedrohen den demokratischen Verfassungsstaat (Backes 2006; Bundesamt für Verfassungsschutz o.J.).

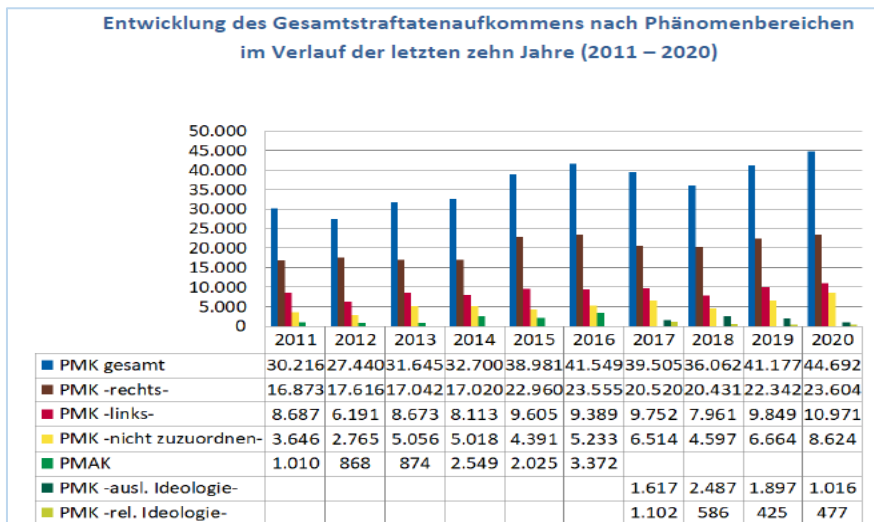


Foto: © Dominic Wunderlich / Pixabay

Tatsächlich können auch in der Geschichte der Bundesrepublik Beispiele für ursprünglich als radikal erachtete Positionen gefunden werden, die jedoch letztlich zu einem heute allgemein akzeptierten Umdenken und zu wichtigen, tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt haben (z.B. die Umweltbewegung der 1970er Jahre).

Verwenden wir Begriffe wie Radikalisierungsprävention und Extremismusprävention synonym, laufen wir Gefahr, gesellschaftlich legitime und wichtige Prozesse frühzeitig zu problematisieren. Dennoch sind Radikalisierungsprozesse eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung von politischem Extremismus. Prävention muss daher für die Früherkennung und Verhinderung von Extremismus auch die Prozesse der Radikalisierung im Blick behalten.

Doch wie steht es überhaupt um den Bedarf an Extremismusprävention in Deutschland?



Grafik: BKA (2021): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen – PDF online, S. 3

Tatsächlich ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten von 2011 bis 2020 von 30 Tsd. auf 45 Tsd. pro Jahr, also um 50 Prozent, gestiegen (Bundeskriminalamt 2021). Gemessen an der Zahl der politisch motivierten Straftaten gibt es also einen deutlich erhöhten Bedarf an Extremismusprävention. Vergleichen wir verschiedene Phänomenbereiche wie rechte, linke, ausländische und religiöse Ideologien, dann sehen wir in beinahe allen Phänomenbereichen einen Anstieg an politisch motivierten Straftaten.

## Politische Bildung und ihre Schnittstellen zur Präventionsarbeit

Gemäß der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (BMFSFJ 2016) sollen neben sicherheitspolitischen Aufgaben auch „präventive Angebote, die demokratisches Handeln stärken, sowie Maßnahmen, die Radikalisierungsprozesse hemmen“ gefördert werden. Der Politischen Bildung wird dabei eine wichtige Rolle zugeordnet (BMFSFJ 2016: 11): „Sie vermittelt das Grundgerüst der Demokratie und die Prinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung. Außerdem befördert Politische Bildung eine aktive Beschäftigung mit und die Steigerung der Akzeptanz von humanitären und demokratischen Grundwerten.“ Auch in den beiden großen Bundesprogrammen „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wird die Synergie zwischen politischer Bildung und Präventionsarbeit betont.

Doch was ist Politische Bildung überhaupt und in welcher Beziehung steht sie zur Extremismusprävention?

Kennedy (1997) definiert Politische Bildung (civic education) als die Vermittlung von theoretischen, politischen und praktischen Grundlagen von Staatsbürgerschaft und allen damit einhergehenden Rechten und Pflichten (siehe ähnlich auch Köhler et al. 2018: 1). In der wissenschaftlichen Literatur werden der Politischen Bildung weiterhin drei Lernzielkategorien zugeschrieben (z.B. Torney-Purta 2002: 203): 1) kognitives Faktenwissen über Politik

und Gesellschaft, 2) sozial-emotionale und gesellschaftliche Kompetenzen (dazu zählen z.B. die politische Mündigkeit, kritisches Denken, Urteils- und Handlungsfähigkeit oder das Finden einer eigenen Position) und 3) Wertevermittlung und der Wertediskurs. Die drei Lernzielkategorien sind freilich eng miteinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Vermittlung von Werten ist das in einer Demokratie umstrittenste Ziel der politischen Bildung.

Zum einen ist die Vermittlung und Weitergabe von bestimmten Werten wichtig, um ein Fundament für gesellschaftliches Vertrauen und Zusammenhalt zu schaffen (Durkheim et al. 1973; Haidt 2006; Stanford Encyclopedia of Philosophy 2020). Gleichzeitig geht es in einer pluralistischen Demokratie auch darum, einen offenen Wertediskurs zu ermöglichen. Denken wir zum Beispiel an die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Tier- und Umweltschutz,



oder die Freiheit der sexuellen Orientierung, sehen wir, wie stark sich Werte über die letzten Jahrzehnte verändert haben.

Die Politische Bildung muss also stets eine Balance schaffen zwischen Wertevermittlung und dem offenen Wertediskurs (Schlicht-Schmälzle et al. 2021).

Politische Bildung ist also zunächst einmal die **allgemeine** Vorbereitung **aller** BürgerInnen auf ihre Aufgaben in der Gesellschaft.

Foto: © SolStock / iStock

Unbestritten kann die Politische Bildung jedoch auch langfristige präventive Wirkung entfalten. Eine Vielzahl an Studien zeigt, wie wichtig das allgemeine politische Faktenwissen, gesellschaftliche Kompetenzen und der Wertediskurs bzw. die Wertevermittlung für die Integration aller gesellschaftlicher Gruppen ist und letztlich auch für die demokratische Stabilität (Delli Carpini/Keeter 1996). Politische Bildung trägt also im Idealfall dazu bei, dass bestimmte extreme Positionen keinen Nährboden haben (Schlicht-Schmälzle et al. 2021).

Letztlich gehört vor dem Hintergrund der spezifischen deutschen Geschichte „[d]ie direkte Auseinandersetzung mit ‚extremen‘ Positionen und Ansichten in Form von Analysen ihrer gesellschaftlichen Ursachen und immanenten Dynamiken [...] zum Kern politischer Bildung und ist nicht zuletzt überhaupt der Beweggrund für das Entstehen der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) [...]“ (Krüger 2020: 704).

Bundespräsident Theodor Heuss ehrt 1958 Gewinner des "6. Großen Weihnachtspreisausschreibens" - Vorläufer des heutigen Schülerwettbewerbs zur politischen Bildung. (© bpb)



## Spannungen zwischen politischer Bildung und Präventionsarbeit

Trotz dieser offensichtlichen Schnittstellen zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention entstehen an dieser Stelle auch Spannungen. Diese führen zu der Frage, wie stark die explizite Prävention bestimmter Phänomene im Mittelpunkt von Angeboten politischer Bildung stehen sollte.

Von der langfristigen präventiven Wirkung der allgemeinen politischen Bildung – Wissensvermittlung, Kompetenzvermittlung und Wertevermittlung bzw. -diskurs – profitiert die breite Bevölkerung, was dauerhaft der Entstehung extremistischer Tendenzen unterschiedlicher, dynamisch entstehender Richtungen entgegensteht. Es besteht die Befürchtung, dass diese langfristige und integrative Säule der Prävention wegbricht zugunsten einer eher kurzfristig auf aktuelle Problemfelder und bestimmte Zielgruppen ausgerichteten Präventionsarbeit.

Eine weitere Sorge der Fachpraxis ist, dass ein starker Präventionsfokus den offenen Wertediskurs in der politischen Bildung beeinflusst. Der Beutelsbacher Konsens (Bundeszentrale für Politische Bildung 2011) stellt die Kontroversität als wichtiges Qualitätsmerkmal der politischen Bildung heraus. Wenn Politische Bildung spezifische Phänomene verhindern soll, kann dann weiterhin ein offener, von der Basis der Gesellschaft her geführter Diskurs bestehen bleiben, der auch den Austausch kontroverser Meinungen ermöglicht?

Politische Bildung muss zweifellos menschenverachtenden Ideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten.

Wenn jedoch ganz explizit bestimmte Einstellungen durch Politische Bildung verhindert werden sollen, ruft das unter Umständen kontraproduktiv Reaktanzen und Schweigespiralen (Noelle-Neuman 1980) hervor, die dann zu einer Verstärkung von Gruppenidentitäten oder gar einer Radikalisierung im Verborgenen führen können. Prävention durch Politische Bildung würde in diesem Falle nicht nur ihr Ziel verfehlen, sondern gar nicht-intendierte negative Effekte haben.

## Wie kann Prävention durch Politische Bildung gelingen?

Wie kann das Spannungsfeld zwischen Prävention und politischer Bildung aufgelöst und eine präventiv erfolgreiche Politische Bildung gestaltet werden? Die Rahmenbedingungen dafür liegen auf verschiedenen Ebenen, der strukturellen Förderung, der Fachpraxis, aber auch der Evaluation von Angeboten politischer Bildung.

Politische Bildung, ganz gleich, ob sie sich ihren allgemeinen Zielen widmet oder einen explizit präventiven Fokus hat, kann primärpräventive Wirkung entfalten. Ausgewogene Förderstrukturen können dafür sorgen, dass explizite Präventionsprogramme und Angebote allgemeiner politischer Bildung gleichgewichtig gefördert werden. Ein Qualitätsmerkmal der Fachpraxis politischer Bildung ist die Kontroversität des politischen Diskurses. Trotz aller berechtigten Bedenken bzgl. extremistischer Tendenzen müssen Räume für einen offenen und kontroversen Diskurs bestehen bleiben. Wichtig ist dabei auch die Ansprache und Inklusion breiter Zielgruppen. Kontroversität kann vor allem durch den Austausch einer Vielfalt an Perspektiven aus ganz unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft geschaffen werden. Auch die Evaluation politischer Bildung sollte zur Auflösung dieser Spannungen zwischen politischer Bildung und Prävention beitragen, indem Kennzahlen zur Beurteilung von Formaten auch die allgemeinen und langfristigen Lernziele abbilden.



Foto: © ElasticComputerFarm / Pixabay

## Literatur

- Abay Gaspar, Hande 2020: Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung, bpb.de, URL: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313920/abgrenzung-von-extremismus-radikalismus-und-radikalisierung> (letzter Zugriff: 28.01.2022).
- Backes, Uwe 2006: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Bundesamt für Verfassungsschutz o.J.: Der Verfassungsschutz, verfassungsschutz.de, URL: <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus> (letzter Zugriff: 28.01.2022).
- Bundeskriminalamt 2021: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen, URL: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (letzter Zugriff 31.01.2022)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, bmfsfj.de, URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> (letzter Zugriff: 25.01.2022).
- Bundeszentrale für Politische Bildung 2011: Der Beutelsbacher Konsens, bpb.de, URL: <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (letzter Zugriff: 28.01.2022).
- Delli Carpini, Michael/Keeter, Scott 1996: What Americans Know About Politics and Why It Matters, Yale University Press.
- Durkheim, Émile/Everett, Wilson/Fauconnet, Paul 1973: Moral education: A Study in the theory and application of the sociology of education, Free Press, New York.
- Haidt, Jonathan 2006: Happiness Hypothesis: Finding modern truth in ancient wisdom, Basic Books, New York.
- Kennedy, Kerry 1997: Citizenship Education And The Modern State, Taylor & Francis, Washington, D.C.
- Köhler, H., Weber, S., Brese, F., Schulz, W. & Carstens, R. (2018). ICCS 2016 User Guide for the International Database. International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA).
- Krüger, Thomas 2020: Handbuch Extremismusprävention, bka.de, URL: [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1\\_54\\_HandbuchExtremismuspraevention.html](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/PolizeiUndForschung/1_54_HandbuchExtremismuspraevention.html) (letzter Zugriff: 28.01.2022).





Foto: © ElasticComputerFarm / Pixabay

Landesamt für Verfassungsschutz (Berlin) o.J: Glossar: Extremismus / Radikalismus, berlin.de, URL: <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/glossar/> (letzter Zugriff: 28.01.2022).

Noelle-Neuman, Elisabeth 1980: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, Langen Müller, München.

Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Kroll, Stefan/Theis, Désirée (2021): Mehr als Prävention. Politische Bildung und Extremismusprävention: Schnittmengen und Herausforderungen, PRIF Spotlight 2/2021, Frankfurt/M.

Stanford Encyclopedia of Philosophy 2016: Definition of “Morality”, URL: <https://plato.stanford.edu/entries/morality-definition/#NormDefiMora> (letzter Zugriff: 28.01.2022).

Torney-Purta, Judith 2002: The school’s role in developing civic engagement: A study of adolescents in twenty-eight countries, in: Applied Developmental Science, 6: 4, 203-212 [https://doi.org/10.1207/S1532480XADS0604\\_7](https://doi.org/10.1207/S1532480XADS0604_7) (letzter Zugriff: 28.01.2022).

Das Projekt JuRe ist ein Verbundprojekt des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben e.V. in Kooperation mit den Landesorganisationen von Arbeit und Leben in Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Herausgeber:  
Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.  
Robertstr. 5a  
42107 Wuppertal  
[bildung@arbeitundleben.de](mailto:bildung@arbeitundleben.de)  
[www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)

Redaktion:  
Klaus Gerhards (JuRe-Gesamtkoordination)

V.i.S.d.P.:  
Barbara Menke (Bundesgeschäftsführerin)



Karte: © a+design, Antje Solenski

## Förderung

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

© Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. 2022